

Niederschrift

Gremium	Sitzung - FG/006(VII)/19			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Finanz- und Grundstücksausschuss Lenkungsausschuss	Mittwoch, 23.10.2019	Altes Rathaus, Hansesaal	17:00Uhr	19.35

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

1.1 Bestätigung der öffentlichen Tagesordnung

1.2 Genehmigung der öffentlichen Niederschrift vom 25.09.2019

2 Einwohnerfragestunde

Lenkungsausschuss

3 Anfragen und Mitteilungen

BE: Bg III und Bg VI

Finanz- und Grundstücksausschuss

4 Beschlussvorlagen

4.1 LED-Umrüstung Messe DS0487/19
BE: II/01

4.2 Dauerhafte Sicherung der aus Georgien rückgeführten Buchbestände als Voraussetzung für die Einarbeitung in den Historischen Bestand der Stadtbibliothek DS0308/19
BE: FB 42

4.3 Planung zur Herstellung der Betriebssicherheit der Zentralbibliothek DS0413/19
BE: FB 42

4.4 Übertragung der Aufgaben an Träger der Suchtberatung in zwei Suchtberatungszentren der LH Magdeburg ab dem Jahr 2020 DS0324/19

4.4.1 Übertragung der Aufgaben an Träger der Suchtberatung in zwei Suchtberatungszentren der LH Magdeburg ab dem Jahr 2020 (Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 15.10.2019) DS0324/19/1
BE: Amt 53

- 4.5 Überplanmäßige Aufwendungen im Deckungskreis (DK) Hilfe zur Erziehung (HzE), Plankostenstelle: 51510000 für das Haushaltsjahr 2019
BE: Amt 51 DS0479/19

5 Anträge und Stellungnahmen

- 5.1 Einführung einer Regelung zum Katzenschutz in § 6 der Gefahrenabwehrverordnung der Landeshauptstadt Magdeburg (Antrag der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz vom 09.08.2019) A0166/19
- 5.1.1 Einführung einer Regelung zum Katzenschutz in § 6 der Gefahrenabwehrverordnung der Landeshauptstadt Magdeburg (Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 01.10.2019) A0166/19/1
- 5.1.2 Einführung einer Regelung zum Katzenschutz in § 6 der Gefahrenabwehrverordnung der Landeshauptstadt Magdeburg
BE: FB 32 S0362/19
- 5.2 Mobilitätskoordinator für Magdeburg (Antrag der Fraktion CDU/FDP und SR Stage (Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/ future!) vom 24.07.2019) A0155/19
- 5.2.1 Mobilitätskoordinator für Magdeburg
BE: Amt 66 S0365/19
- 5.3 Bepflanzung der Baumscheiben vor den Gebäuden am Domplatz (Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 17.04.2019) A0110/19
- 5.3.1 Bepflanzung der Baumscheiben vor den Gebäuden am Domplatz
BE: Amt 61 S0293/19
- 5.4 Direkte Straßenbahnanbindung von Heinz-Krügel-Stadion und ehem. Bördelandhalle (Antrag der Fraktion DIE LINKE/future! vom 29.05.2019) A0149/19
- 5.4.1 Direkte Straßenbahnanbindung von Heinz-Krügel-Stadion und ehem. Bördelandhalle
BE: Amt 61 S0332/19

6 Informationen

- 6.1 Fortgeschriebene Übersicht über noch nicht endausgebaute Verkehrsanlagen und voraussichtlich realisierbare Einnahmen aus Straßenausbaubeiträgen durch ggf. mögliche Abschnittsbildungen und Kostenspaltungen bzw. bei Abrechnung nach Fertigstellung
BE: FB 62 I0259/19

7 Anfragen und Mitteilungen

Anwesend:

Vorsitzender

Reinhard Stern

Mitglieder des Gremiums

Michael Hoffmann

Anke Jäger

Dr. Jan Moldenhauer

Prof.Dr. Alexander Pott

Jens Rösler

Mirko Stage

Barbara Tietge

Roland Zander

Geschäftsführung

Birgit Synakewicz

Verwaltung

Herr Zimmermann, BM/Bg II

Frau Behrendt, FBL 02

Herr Erxleben, FB 02

Frau Hänßgen, Dez. II/01

Herr Schüller, GF MVGM

Frau Dr. Poenicke FB 42

Frau Borris, Bg V

Herr Dr. Hennig, AL 53

Herr Schreyer, FB 32

Herr Gebhardt, AL 66

Herr Constabel, Amt 66

Frau Grosche, Amt 61

Herr Heine, Amt 61

Frau Petz, FB 62

Herr Dr. Scheidemann, Bg VI

Herr Nitsche, Bg III

Frau Marxmeier, Dez. III

Herr Böttcher, Dez. III

Herr Krüger, Amt 51

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Stern eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn sind alle Mitglieder des Finanz- und Grundstücksausschusses anwesend.

1.1. Bestätigung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Zander stellt den GO – Antrag auf Vertagung des TOP 4.4, da er die Beschlussfassung im Jugendhilfeausschuss (Juhi) infrage stellt. Hier geht es um ein mögliches Mitwirkungsverbot der Stadträtin Frau Brandt. In der sich anschließenden kurzen Diskussion sind sich die Anwesenden nicht einig, inwieweit ein tatsächliches Mitwirkungsverbot vorliegt. Es gibt ein Für und Wider zu einer Vertagung. Letztendlich schlägt **Herr Stern** vor, die Drucksache und den vorliegenden Änderungsantrag in 1. Lesung zu behandeln und die Abstimmung in der kommenden FG – Sitzung am 6. November 2019 vorzunehmen. Gleichzeitig wird **Herr Stern** mit Herrn Platz Kontakt aufnehmen und um eine Stellungnahme zu möglichen Mitwirkungsverboten bitten.

Die öffentliche Tagesordnung wird mit 9 – 0 – 0 bestätigt.

1.2. Genehmigung der öffentlichen Niederschrift vom 25.09.2019

Herr Stage bittet im Auftrag von **Herrn Canehl** um einige Anpassungen im TOP 7 der Niederschrift vom 25.09.2019. **Herr Stern** verliest die gewünschten Änderungen zum Protokoll.

Zum dargelegten Sachverhalt ergibt sich eine kurze Diskussion.

Herr Rösler gibt zu bedenken, dass im Protokoll keine komplette wörtliche Rede wieder gegeben wird.

Herr Stage merkt an, dass **Herr Canehl** lediglich ein paar Fakten seiner Anfrage aus der Sitzung am 25. 09.2019 korrekt dargestellt wissen möchte.

Die Anwesenden sind sich einig, dass die Verwaltung die Nutzung der vorgeschlagenen Grundstücke prüfen soll und den FG bzw. Stadtrat ausreichend informieren soll. Entsprechend der Anmerkungen von Herrn Canehl wird der TOP 7 der Niederschrift vom 25.09.2019 wie folgt geändert:

Herr Canehl möchte unter Bezugnahme auf verschiedene Termine im August 2019 von **Herrn Zimmermann** über den aktuellen möglichen Standort eines Grundschulneubaus in Cracau informiert werden. Zum einen soll eine Kleingartensparte geschützt bleiben und zum anderen ist ein Landesgebäude ungeeignet. Er selbst möchte aber den wohl von der CDU – Fraktion favorisierten Standort Am Brellin nicht als Vorzugsvariante. Des Weiteren äußert

Seines Wissens ist das an die Landeshauptstadt gerichtete Schreiben vom 09.08.2019 noch nicht beantwortet, in dem die BLSA der LH MD auf die Anfrage vom 19.06.2019 mitgeteilt hat, dass sie das ehemalige Gebäude des Verfassungsschutzes nicht verkaufen will, aber bezüglich der sehr großen Freiflächen südlich "Mutter Theresa" verhandlungsbereit ist.

Herr Canehl möchte wissen, warum trotz der intensiven Diskussion im SR am 22.08.2019 von der Verwaltung nicht über den möglichen Standort eines Grundschulneubaus informiert wurde. Zum einen soll eine Kleingartensparte geschützt bleiben und zum anderen ist ein Landesgebäude ungeeignet. Er selbst möchte aber den wohl von der CDU – Fraktion favorisierten Standort Am Brellin nicht als Vorzugsvariante. Des Weiteren äußert **Herr Canehl**, dass er sich zum Sachstand von der Verwaltung nicht ausreichend informiert fühlt und fordert daher detailliertere Aussagen zur aktuellen Lage.

Herr Zimmermann stellt fest, dass der Stadtrat diesbezüglich zu jeder Zeit über die Aktivitäten informiert wurde. Er führt aus, dass ein schriftlicher Austausch mit dem Land erfolgte, wobei aber das besagte Gebäude in Landeseigentum nicht zum Verkauf stehe. Darüber hinaus gibt es keine Verortung des Neubaus am Heumarkt, da aufgrund eines Änderungsantrages zum Erhalt der Kleingartenanlage in Bezug auf die Erstellung des B-Plans der beabsichtigte Standort verworfen wurde. Grundsätzlich haben die Fraktionen unterschiedliche Auffassungen zu einem geeigneten Standort für den Bau der neuen Grundschule. Daher ist es ihm derzeit nicht möglich, über Grundstücksinanspruchnahmen zu verhandeln.

Die geänderte Fassung der öffentlichen Niederschrift vom 25.09.2019 wird mit 4 – 2 – 3 bestätigt.

2. Einwohnerfragestunde

entfällt

Lenkungsausschuss

3. Anfragen und Mitteilungen

Es gab keine Anfragen und Mitteilungen im öffentlichen Teil der Sitzung des Lenkungsausschusses.

4. Beschlussvorlagen

4.1. LED-Umrüstung Messe

DS0487/19

Herr Schüller erläutert den Anwesenden den Beschlussvorschlag. Dabei führt er aus, dass die aktuell verwendeten Leuchtmittel nicht mehr produziert werden und dies früher oder später zu Problemen bei der Beleuchtung der Messehallen kommen kann. Mit Blick auf die neugeplante LED – Beleuchtung würde diese auch zur Einsparung von Strom führen.

Herr Stage sieht die Notwendigkeit des sofortigen kompletten Austausches der Leuchtmittel in allen Hallen gleichzeitig kritisch. Er regt daher mit dem vorgelegten Änderungsantrag an, die Hallen sukzessive abzarbeiten.

Änderungsantrag:

Hiermit wird der Bereitstellung von zusätzlichen Haushaltsmitteln an die Messe- und Veranstaltungsgesellschaft Magdeburg GmbH (DKMVGM Kostenstelle: 23011000 Sachkonto: 53151160) für die LED-Umrüstung der Beleuchtung einer Messehalle (alternativ eines Leuchtsystems) in Höhe von maximal 180 Tsd. EUR im Jahr 2019 zugestimmt. Die Deckung erfolgt aus eingeplanten aber nicht benötigten Zinsaufwendungen für Kassenkredite (DKKREDIT Kostenstelle: 71000000 Sachkonto: 55171000).

Die aus dieser Halle freiwerdenden noch funktionierenden Leuchtmittel sind als „Ersatz“ für die anderen Hallen aufzubewahren. Die Kosten für die folgenden „Umrüstungsabschnitte“ sind regulär in den Wirtschaftsplan der Gesellschaft einzustellen.

Weitere nicht benötigte 220 Tsd. EUR aus eingeplanten, aber nicht benötigten Zinsausgaben sind in das Haushaltsjahr 2020 zu übertragen und als Deckungsquelle für mögliche Mehrausgaben im Haushalt 2020 zu verwenden.

Dabei merkt **Herr Stage** wiederholt an, dass er eine akute Dringlichkeit zur Ausführung nicht erkennen kann und wirbt für die von ihm vorgeschlagene „Step by Step“ Lösung.

Herr Schüller gibt zu bedenken, dass neben den Leuchtmitteln auch die Steuerungstechnik ausgetauscht werden muss. Die von **Herrn Stage** vorgeschlagene Variante birgt die Gefahr, dass eine Aufteilung wesentlich teurer wird und die Mittel bei regulärer Planung frühestens 2021 zur Verfügung stehen würden. Beides kann zu erheblichen Problemen führen.

In der sich anschließenden umfangreichen Diskussion wird von den Stadträtinnen und Stadträten das Für und Wider der vorgelegten Vorzugsvariante betrachtet. Während ein Teil sich für die sofortige Gesamtumrüstung ausspricht, da man Verteuerungen vermutet, möchten andere die Umrüstung in Schritten umsetzen, da sie freiwerdende Haushaltsmittel für andere Projekte nutzen wollen.

Nach intensiver Diskussion stellt **Herr Stern** den Änderungsantrag von **Herrn Stage zur Abstimmung**.

Der o.g. Antrag wird mit 3 – 6 – 0 abgelehnt.

Im Nachgang kommt es zur Beschlussfassung der Drucksache.

Die Drucksache DS0487/19 wird mit 7 – 0 – 2 beschlossen.

Beschluss-Nr.: FG004-006(VII)/19

Hiermit wird der Bereitstellung von zusätzlichen Haushaltsmitteln an die Messe- und Veranstaltungsgesellschaft Magdeburg GmbH (DKMVGM Kostenstelle: 23011000 Sachkonto: 53151160) für die LED-Umrüstung der Beleuchtung in den Messehallen in Höhe von 400 Tsd. EUR im Jahr 2019 zugestimmt. Die Deckung erfolgt aus eingeplanten aber nicht benötigten Zinsaufwendungen für Kassenkredite (DKKREDIT Kostenstelle: 71000000 Sachkonto: 55171000).

Frau Dr. Poenicke bringt die Drucksache ein und erläutert den Anwesenden, dass die Bücher in einem schlechten Zustand sind, aber nunmehr „aufgearbeitet“ und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen.

In der sich anschließenden Diskussion wird über die erforderlichen Kosten sowohl für Personal als auch Sachkosten gesprochen. Obwohl die Verwaltung betont, dass bis jetzt zur Aufarbeitung keine Ressourcen vorhanden waren, äußern einige Mitglieder des FG ihr Unverständnis, dass die Bücher über 20 Jahre keine Beachtung gefunden haben und sehen besonders durch Schimmelbefall Gefahren. Diese bestehen nicht, sagt Frau Dr. Poenicke, da die Schimmelsporen bereits abgestorben sind. Kritisch gesehen wird, dass die veranschlagten Haushaltsmittel noch nicht Bestandteil der Haushaltsplanung sind und somit auf die Veränderungsliste müssen.

Herr Stern möchte den Beschlussvorschlag konkretisieren und macht daher nachfolgend aufgeführten Vorschlag zur Ergänzung des Beschlussvorschlages.

Der Finanz- und Grundstücksausschuss empfiehlt den Beschlussvorschlag wie folgt zu ergänzen:

Beschlussvorschlag „alt“:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die in der Stadtteilbibliothek Buckau eingelagerten, aus Georgien zurückgeführten Bücher zu retten und ihre dauerhafte Einarbeitung in den historischen Bestand der Stadtbibliothek vorzubereiten.
2. Die dafür erforderlichen personellen und materiellen Ressourcen sind im Haushalt, beginnend ab 2020 bereitzustellen.

Beschlussvorschlag „neu“:

1. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die in der Stadtteilbibliothek Buckau eingelagerten, aus Georgien zurückgeführten Bücher zu retten und ihre dauerhafte Einarbeitung in den historischen Bestand der Stadtbibliothek vorzubereiten.
2. Die dafür erforderlichen personellen und materiellen Ressourcen sind im Haushalt, beginnend **ab 2020 bis 2023 in maximaler Höhe von 220.300 EUR** bereitzustellen.

Der FG stimmt dieser Ergänzung mit 8 – 1 – 0 zu.

Die Drucksache DS0308/19 wird dem Stadtrat unter Berücksichtigung des Änderungsantrages mit 8 – 1 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.

Herr Schlenker erörtert, dass die Planungen erforderlich sind, um langfristig die Betriebssicherheit der Bibliothek zu sichern. Da die Modernisierung fast 30 Jahre zurückliegt, ist sowohl der Brandschutz als auch die Sicherheitstechnik dringend zu überarbeiten, auch um eine weitere Betriebsfähigkeit zu gewährleisten.

In der sich anschließenden Diskussion stellen die Mitglieder des FG Fragen zu den Haushaltsmitteln und einer möglichen Komplettanierung, da man der Auffassung ist, dass die Bibliothek für ein digitales Zeitalter und mit Blick auf die Bewerbung zur Kulturhauptstadt fit gemacht werden muss.

Frau Dr. Poenicke würde eine Komplettanierung gern in Erwägung ziehen, da die baulichen Gegebenheiten und die technischen Anlagen längst veraltet sind. Um die Nutzung attraktiver zu gestalten, wären umfangreiche Veränderungen, bspw. u. a. mit Blick auf den Schallschutz wünschenswert. Allerdings können aktuell weder die Kosten beziffert werden, noch stehen erforderliche Haushaltsmittel zur Verfügung.

Herr Zimmermann gibt zu bedenken, dass ein neues Brandschutzkonzept zwingend notwendig ist, da sonst die Betriebserlaubnis in Gefahr gerät. Die vorgelegten Planungskosten stehen der-

zeit als Rückstellung zur Verfügung, wobei Herr Zimmermann sich eine Umbuchung in den investiven Bereich vorstellen kann. Dann müsste das Vorhaben auf die Veränderungsliste. In der weiteren Diskussion wird über eventuelle spätere Ausführungsdetails, wie bspw. ein geschlossenes Treppenhaus und die damit verbundene Schallschutzsituation gesprochen.

Herr Stage informiert die Anwesenden, dass die Drucksache im StBV einstimmig empfohlen wurde.

Die Drucksache DS0413/19 wird dem Stadtrat mit 9 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.

- | | | |
|--------|--|-------------|
| 4.4. | Übertragung der Aufgaben an Träger der Suchtberatung in zwei Suchtberatungszentren der LH Magdeburg ab dem Jahr 2020 | DS0324/19 |
| 4.4.1. | Übertragung der Aufgaben an Träger der Suchtberatung in zwei Suchtberatungszentren der LH Magdeburg ab dem Jahr 2020 | DS0324/19/1 |

Frau Borris macht umfangreiche Ausführungen zur Drucksache. Sie stellt fest, dass im Jahr 2018 durch den Stadtrat das Suchtkonzept beschlossen wurde und demnach ab 2020 zwei Suchtzentren aufgebaut werden sollen. Dies hat zur Folge, dass die freien Trägen ihre Stunden von 102 auf 160 im Monat ausweiten müssen. Die Landeszusweisungen sind zwar gestiegen, aber demgegenüber stehen auch jährliche Tarifsteigerungen. Um die qualitativen und quantitativen Anforderungen in vollem Umfang zu erfüllen, sind zwangsläufig höhere finanzielle Mittel erforderlich.

Herr Dr. Hennig ergänzt die Ausführungen und sagt, dass im Vorfeld viele Vorschläge zur Umsetzung mit den Trägern diskutiert wurden und dabei bereits Kürzungen vorgenommen wurden. Um aber die Suchtberatung auf einem weiterhin hohen Niveau halten zu können, sind zusätzliche Mittel erforderlich.

Unter Berücksichtigung des „Zahlenwerks“ in der Drucksache kommt in der sich anschließenden Diskussion zum Ausdruck, dass die aktuell veranschlagten Mittel in Höhe von 881.600 EUR nicht auskömmlich sind. Nach der Interessenbekundung der Träger geht die Verwaltung von einem Fehlbetrag in Höhe von mindestens 104 Tsd. EUR. Die Mitglieder des FG bringen zum Ausdruck, dass sie mit dem aktuellen in der Drucksache dargestellten Zahlenwerk nicht ausreichend informiert werden. Zum einen ist nicht bekannt, welche Mittel sich hinter den 881,6 Tsd. EUR verbergen und zum anderen vermissen sie die konkrete Benennung des Fehlbetrages in Höhe von 104 Tsd. EUR. Auch wenn der Antrag der Fraktion DIE LINKE das Defizit scheinbar schließen kann, sind sich die Anwesenden darüber einig, dass die Verwaltung belastbare Zahlen nachliefern muss, bevor ein Beschluss gefasst werden kann.

Zusammenfassend fordern die Mitglieder des FG die Vorlage sowohl der Aufwendungen in Höhe von 881,6 Tsd. EUR, der Erträge in Höhe von 403,5 Tsd. EUR als auch den Mehraufwand in Höhe von 104,6 Tsd. EUR inklusive einer inhaltlichen Untersetzung und belastbarer Zahlen. Diese Nachlieferung muss spätestens in der Sitzung des FG am 06.11.2019 vorliegen, damit die Beschlussfassung im Stadtrat am 14.11.2019 nicht in Gefahr gerät.

Frau Borris verspricht die Vorlage der erforderlichen Aussagen bis zum 30.10.2019 in den Fraktionen.

Herr Hoffmann mahnt an, dass für die zusätzlichen Aufwendungen eine Deckungsquelle benannt werden muss, entweder von der Verwaltung oder seitens des Einbringers des Änderungsantrages.

Mit Blick auf die geforderten Nachreichungen wird die Abstimmung zur Drucksache und zum Änderungsantrag auf die Sitzung des FG am 06.11.2019 vertagt.

- | | | |
|------|--|-----------|
| 4.5. | Überplanmäßige Aufwendungen im Deckungskreis (DK) Hilfe zur Erziehung (HzE), Plankostenstelle: 51510000 für das Haushaltsjahr 2019 | DS0479/19 |
|------|--|-----------|

Herr Krüger macht umfangreiche Ausführungen zur Drucksache. Diese Pflichtleistungen bleiben für die LH MD unverändert hoch. Dies ist u. a. auch durch gesteigerten Drogenkonsum der Eltern und zu wenige zur Verfügung stehende Pflegefamilien zurückzuführen. Dies bedeutet, dass die LH MD für die Heimerziehung auch außerhalb von Magdeburg teure Fachleistungstunden „einkaufen“ muss, zumal sich besonders der Anteil an Flüchtlingskindern stetig erhöht.

Grundsätzlich merkt **Herr Krüger** an, dass neben dem Mehraufwand 2019 in Höhe von 4,5 Mio. EUR auch 4 Mio. EUR Planungsdefizit gedeckt werden muss. Hier gibt **Herr Zimmermann** den Hinweis, dass die LH MD bei der HH-Planung mit Zielkostenansätzen arbeitet, da der Aufwand auch durch Erträge gedeckt werden muss. Um einen beschlussfähigen Haushalt aufzustellen, müssen Erträge und Aufwendungen kaufmännisch vorsichtig geplant werden, so dass Abweichungen von 2 – 3 % tragbar sind.

In der Diskussion werden das Haushaltsrisiko auch in den Folgejahren, die Zuwendungen vom Land, steigende Heimkosten, fehlende Pflegefamilien u. a. debattiert.

Es kommt zur Abstimmung.

Die Drucksache DS0479/19 wird dem Stadtrat mit 8 – 1 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.

Herr Rösler verlässt gegen 19 Uhr die Sitzung.

5. Anträge und Stellungnahmen

5.1.	Einführung einer Regelung zum Katzenschutz in § 6 der Gefahrenabwehrverordnung der Landeshauptstadt Magdeburg	A0166/19
5.1.1.	Einführung einer Regelung zum Katzenschutz in § 6 der Gefahrenabwehrverordnung der Landeshauptstadt Magdeburg	A0166/19/1
5.1.2.	Einführung einer Regelung zum Katzenschutz in § 6 der Gefahrenabwehrverordnung der Landeshauptstadt Magdeburg	S0362/19

Herr Zander macht kurze ergänzende Ausführungen zum vorliegenden Antrag seiner Fraktion. Er äußert sich verwundert zur Stellungnahme der Verwaltung, da er sehr wohl in vielen Kleingärten Katzen „sieht“.

Herr Schreyer gibt zu bedenken, dass diese Thematik keine Gefahrenabwehr nach Gefahrenabwehrverordnung ist, sondern „lediglich“ ein tierschutzrechtliches Problem darstellt. Die Landesregierung ist hier in der Pflicht und muss eine Katzenschutzverordnung erarbeiten und einen Erlass vorlegen. Es kommt ohne weitere Diskussion zur Abstimmung.

Der Antrag A0166/19 wird dem Stadtrat mit 2 – 0 – 6 zur Beschlussfassung empfohlen.

Der Änderungsantrag A0166/19/1 wird dem Stadtrat mit 2 – 0 – 6 zur Beschlussfassung empfohlen.

Die Stellungnahme S0362/19 wird zur Kenntnis genommen.

5.2.	Mobilitätskoordinator für Magdeburg	A0155/19
5.2.1.	Mobilitätskoordinator für Magdeburg	S0365/19

Mit Blick auf die Stellungnahme der Verwaltung stellt **Herr Gebhardt** fest, dass es begrüßenswert ist, die Kommunikation zwischen Bürgern und Verwaltung zu verbessern, zumal aktuell und künftig eine Vielzahl von Maßnahmen im Stadtgebiet durchgeführt werden.

Herr Stern informiert, dass der StBV ein einstimmiges Votum zum Antrag abgegeben hat mit der Forderung der Besetzung einer zusätzlichen Planstelle.

Herr Hoffmann unterstreicht die Wichtigkeit u. a. mit der fehlenden „Pflege“ des Internetportals „Movi.de“. Hier müssen frühzeitig Informationen zu Baustellen bekannt gegeben werden.

Herr Stage wirbt nochmals um Zustimmung für den Antrag, da er sich in Zukunft bessere Informationen erhofft.

Herr Stern bekräftigt diesen Wunsch und merkt an, dass alle Fraktionen diesem Ansinnen positiv gegenüber stehen.

Der Antrag A0155/19 wird dem Stadtrat mit 7 – 0 – 1 zur Beschlussfassung empfohlen.

Die Stellungnahme S0365/19 wird zur Kenntnis genommen.

- | | | |
|--------|---|----------|
| 5.3. | Bepflanzung der Baumscheiben vor den Gebäuden am Domplatz | A0110/19 |
| 5.3.1. | Bepflanzung der Baumscheiben vor den Gebäuden am Domplatz | S0293/19 |

Frau Grosche legt mit Verweis auf die Stellungnahme der Verwaltung dar, dass diese den Antrag nicht befürwortet. Auf Grund des barocken Leitbildes und denkmalpflegerischen Aspektes ist eine Bepflanzung abzulehnen.

In der sich anschließenden Diskussion äußern die Mitglieder des FG ihr Unverständnis. Dabei kommt zum Ausdruck, dass im Umkreis von 500 Metern bereits Bäume vorhanden sind, dass der alte Stil nicht der Maßstab für eine Ablehnung sein kann und dass man bei Bedarf auch kleinwüchsigeren Gewächse (wie Sträucher und/oder Büsche) pflanzen kann.

Herr Stage berichtet, dass die Ausschüsse StBV und UwE dem Antrag trotz der Stellungnahme zugestimmt haben.

Der Antrag A0110/19 wird dem Stadtrat mit 8 – 0 – 0 zur Beschlussfassung empfohlen.

Die Stellungnahme S0293/19 wird zur Kenntnis genommen.

- | | | |
|--------|--|----------|
| 5.4. | Direkte Straßenbahnanbindung von Heinz-Krügel-Stadion und ehem. Bördelandhalle | A0149/19 |
| 5.4.1. | Direkte Straßenbahnanbindung von Heinz-Krügel-Stadion und ehem. Bördelandhalle | S0332/19 |

Frau Jäger begründet den Antrag ihrer Fraktion und führt aus, dass es Ziel ist, kurze Wege zum ÖPNV zu erzielen.

In der sich anschließenden kurzen Diskussion „beleuchten“ die Mitglieder die aktuelle Verkehrslage und die damit verbundenen Fußwege. Es wird über das Für und Wider debattiert und man kommt zu keinem eindeutigen Beschluss. **Herr Zander** gibt zu bedenken, dass ein möglicher Beschluss ohnehin erst in 20 – 25 Jahren wirksam werden würde.

Der Antrag A0149/19 wird dem Stadtrat mit 4 – 3 – 1 zur Beschlussfassung empfohlen.

Die Stellungnahme S0332/19 wird zur Kenntnis genommen.

6. Informationen

- | | | |
|------|--|----------|
| 6.1. | Fortgeschriebene Übersicht über noch nicht endausgebaute Verkehrsanlagen und voraussichtlich realisierbare Einnahmen aus Straßenausbaubeiträgen durch ggf. mögliche Abschnittsbildungen und Kostenspaltungen bzw. bei Abrechnung nach Fertigstellung | I0259/19 |
|------|--|----------|

Frau Petz führt aus, dass das Land per 30.08.2019 entschieden hat, dass Straßenausbaubeiträge erhoben werden können. Dementsprechend „treibt“ die LH MD diese Beiträge vorerst weiter ein. Dabei kommt es bei großen Verkehrsanlagen zu längeren Bearbeitungszeiten. Dabei spielt der Endfertigstellungstermin ebenso eine Rolle, wie eventuell anhängige Klageverfahren.

Herr Stern möchte wissen, wie viele Mitarbeiter derzeit mit der Bescheiderstellung beschäftigt sind.

Im Bereich arbeiten derzeit 8 Mitarbeiter die sowohl Straßenausbau- als auch Erschließungsbeiträge berechnen und einfordern. Demgegenüber stehen ca. eine Millionen EUR jährliche Einnahmen so **Frau Petz**.

Herr Stage stellt sich mit Blick auf die Klageverfahren die Frage, ob die LH MD nicht zu lange wartet, bevor Klage eingereicht wird. Die Frage kann so einfach nicht beantwortet werden, sagt Frau Petz, zum einen handelt es sich um komplexe Verkehrsanlagen, zum anderen besteht teilweise Rechtsunsicherheit und des Weiteren ist die LH MD von den Gerichten abhängig.

Herr Hoffmann ist der Auffassung, dass nach Abschluss der Baumaßnahmen spätestens nach 3 – 4 Jahren die Kosten eingefordert werden müssten, ansonsten kann man verzichten.

Die Information I0259/19 wird zur Kenntnis genommen.

7. Anfragen und Mitteilungen

Es gab keine Anfragen und Mitteilungen in der öffentlichen Sitzung des Finanz- und Grundstücksausschusses.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der Sitzung am 04.12. 2019.

Reinhard Stern
Vorsitzender

Birgit Synakewicz
Schriftführerin